

## Schlusswort von Rola Saleh zur BumF Frühjahrstagung 2023 in Hamburg

Wir haben gerade viele wichtige Punkte von Dr. Aki Krishnamurthy gehört. Empowerment und Powersharing sind essentiell wichtig. Um Betroffenen zu ihren Rechten zu verhelfen, muss die Soziale Arbeit kritisch und parteiisch sein – nur so kann sie gelingen und eine Veränderung zum Besseren herbeiführen.

Besonders Menschen, die mit jungen Geflüchteten arbeiten, haben die Pflicht zur Parteilichkeit. Wenn von ihnen nicht die Parteilichkeit und der Aufschrei gegen die Ungerechtigkeiten kommt, von wem denn dann? Ein Aufschrei gegen Ungerechtigkeiten, ein Einsatz für die Rechte junger geflüchteter Personen, ist in so vielen Bereichen nötig. Es gibt viele Forderungen – an Fachkräfte der Sozialen Arbeit, an die Gesamtgesellschaft, an die Politik, die wichtig sind, um jungen geflüchteten Menschen zu Perspektiven, Sicherheit und Teilhabe zu verhelfen.

Entsetzlich ist der Umgang mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen! Es darf keine Jugendhilfe zweiter Klasse geben! Und doch ist dies derzeit die Realität! Geflüchtete Kinder und Jugendliche treffen auf überlastete Unterbringungs- und Unterstützungsstrukturen. Die Standards der Jugendhilfe bei geflüchteten Kindern herabzusetzen, wie dies momentan geschieht, ist diskriminierend und rassistisch! Fachkräftemangel und die Unterbringungsengpässe rechtfertigen die Entrechtung dieser Kinder nicht! Gleichzeitig müssen alle Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben, von pädagogisch geschulten, diskriminierungssensiblen Fachkräften begleitet und unterstützt zu werden.

Geflüchtete Menschen gehören nicht in Sammelunterkünfte und schon gar nicht in Notunterkünfte! Jede Person hat ein Recht auf ein richtiges Zuhause. Das gilt für alle, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Sie brauchen sichere Räume. Sie müssen mit ihren Familien dezentral wohnen dürfen.

Nicht nur Kinder, sondern auch FLINTA-Personen (Frauen, Lesben, inter\*, non-binäre, trans\*, und agender Personen) leiden besonders unter den menschenunwürdigen Wohnbedingungen und den fehlenden Gewaltschutzkonzepten in Gemeinschaftsunterkünften. Alle Menschen müssen die Möglichkeit zu einer eigenen Wohnung und einem sicheren Lebensumfeld haben.

Es braucht auch einen Paradigmen- und Diskurswechsel in der Migrationsdebatte. Wie gut es gelingen kann, wenn der politische Wille da ist, konnte man bei der Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten beobachten. Rassistische und diskriminierende Gesetze, wie sie im Aufenthaltsrecht vielfach zu finden sind, sind nicht alternativlos und müssen abgeschafft werden. Die Politik spaltet und setzt ungleiche Standards. Jede\*r, der geflüchtet ist, muss die gleichen Rechte haben!

Wie es in einem Artikel zusammengefasst wurde, der von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht wurde<sup>1</sup>: Die deutsche Asyl- und Migrationspolitik ist reaktiv und stark vom Migrationsgeschehen getrieben. Im Vordergrund steht dabei immer die Reduzierung der Zahl von neuen Geflüchteten Menschen und der sogenannten „irregulären Migration“! Es geht darum, um jeden Preis den Sommer der Migration von 2015/2016 zu verhindern. Mit dieser Politikform waren und sind erhebliche außen-, europa- und sicherheitspolitische sowie menschenrechtliche Risiken und Kosten verbunden.

Das europäische Grenzregime ist menschenverachtend, brutal und für den Tod von tausenden Menschen jedes Jahr verantwortlich. Die Ungerechtigkeiten hören nicht an den Außengrenzen auf, sondern setzen sich in den Ankunftsländern der Europäischen Union weiter fort, auch in Deutschland.

---

<sup>1</sup> Ausschnitt aus: Dr. Angenendt, Steffen, (Hrg: Friedrich-Ebert-Stiftung): Der Weg zur Strategiefähigkeit. Elemente einer vorausschauenden Asyl- und Migrationspolitik, <https://www.fes.de/themenportal-die-welt-gerecht-gestalten/frieden-und-sicherheit/artikel-in-frieden-und-sicherheit/der-weg-zur-strategiefahigkeit>; 21.10.2021, Textausschnitte teilweise gekürzt und geändert.

Vor allem wurde in den vergangenen Jahren die Chance verpasst, eine verlässliche und tragfähige deutsche und europäische Flüchtlingspolitik zu gestalten. Insgesamt nährt eine nur auf kurzfristige Erfolge ausgerichtete Politik Zweifel an den Willen und der Fähigkeit der Regierenden, die komplexen Herausforderungen dieses Politikfelds zu bewältigen.<sup>2</sup>

Jedes Jahr wird die Debatte über Migration wie im Bazar aufs Neue beschworen! Spitzen-Politiker\*innen dieses Landes hetzen, verbreiten Hass und Rassismus, kriminalisieren Fluchthelfer\*innen und Seenotrettung und denunzieren Millionen geflüchtete und migrierte Menschen, die Deutschland seit Jahren als ihr Zuhause sehen.

Das tun sie nicht nur in Talkshows, sondern auch auf Landesebene und im Bundestag! Die gesellschaftliche Akzeptanz und das Zugehörigkeitsgefühl werden durch die Äußerungen von Politiker\*innen, die Ängste schüren und Panik verbreiten, gefährdet und die Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben!

Wer die Debatte über die Einbürgerung verfolgt hat, hat auch sicherlich die rassistische und respektlose Rhetorik mancher Politiker\*innen mitbekommen.

Es wurde unter anderem von „Abwertung“ oder gar „Verramschung“ der deutschen Staatsbürgerschaft gesprochen. Besonders die Mehrstaatlichkeit wurde kritisiert, die selbstverständlich Unionsbürgern zusteht.

Doppelstandards müssen in diesem Land aufhören und das auf unterschiedlichen Ebenen. In Deutschland leben zehn Millionen Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte, fünf Millionen davon seit über zehn Jahren.

Migrant\*innen, die in diesem Land angekommen sind, haben es oft nur durch eigene Kraft und Resilienz zum Trotz aller Hürden, Rassismen und der Exklusionspolitik, die immer noch betrieben wird, geschafft.

Dabei sollten wir nicht unterschätzen, wie wichtig parteiliche und positionierte Soziale Arbeit ist und auch wie essentiell die Arbeit und der Aktivismus von solidarischen Menschen und Organisationen für das Ankommen und das Leben von Geflüchteten ist. Sozialarbeitende sind wichtige Zeug\*innen von Menschenrechtsverletzungen und können nicht anders als diese öffentlich anzuprangern und zu skandalisieren.

„Integrations“-Forderungen im rassistischen und assimilierenden Sinne, verhindern einerseits echte Teilhabe und verwehren andererseits vollumfängliche Rechte. Menschen, die in Deutschland ankommen, werden daran gehindert teilzuhaben, ihnen werden durch restriktive Gesetzgebung Steine in den Weg gelegt. Selbst wenn sie es schaffen, sich trotz aller Widrigkeiten eine Perspektive aufzubauen, einen sicheren Aufenthaltsstatus zu haben, jahrelang hier zu leben und sie sich in Sicherheit wähnen – sind sie es doch nicht.

Dies zeigt dieser Fall eindrücklich:

Momentan ist die vietnamesische Familie Pham aus Chemnitz von der Abschiebung bedroht. Der Familienvater kam als Vertragsarbeiter in die DDR. Er lebt seit 36 Jahren in Chemnitz und hat zuletzt die Niederlassung, also einen unbefristeten Aufenthaltsstatus, besessen. Dies wurde ihm entzogen, weil er sich mehr als 6 Monate in Vietnam aufgehalten hat. Herr Pham durfte auch nicht mehr arbeiten, nur durch eine Klage seiner Anwältin wurde ihm die Arbeitserlaubnis wieder erteilt. Nach dem Aufenthaltsrecht erlischt eine Aufenthaltserlaubnis unabhängig ihrer Gültigkeit, wenn Geflüchtete oder Migrant\*innen sich unerlaubt bzw. ohne Zustimmung der Ausländerbehörden mehr als 6 Monate im Ausland aufhalten!

Ich nenne dies nur als einen von vielen empörenden Fällen, ein Beispiel der diskriminierenden und rassistischen Gesetzgebung und menschenverachtenden Abschiebep Praxis. Die Message an alle, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen lautet:

„Auch nach 36 Jahren in diesem Land und egal wie du dich anstrengst, gehörs du nicht dazu und kannst von heute auf morgen für Nichtigkeiten abgeschoben werden!“

---

<sup>2</sup> Vgl. ebd.

Und in diese Gesellschaft soll ich mich integrieren! Nein danke!

Headlines der Zeitungen gestern: MP Sachsen Kretschmer verlangt Aufnahmestopp für Ortskräfte!

Es ist skandalös und beschämend, dass das Aufnahmeverfahren im Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan wegen "Missbrauchsbedenken" bis auf weiteres gestoppt wurde. Auch Menschen aus Afghanistan, die schon eine Aufnahmezusage bekommen haben, dürfen nicht einreisen!  
Wie es die Kabul Luftbrücke formuliert hat: Regierungsversagen trifft erneut Schutzsuchende!

Standardgemäß werden Missstände auf Kosten von Betroffenen getragen. In diesem Fall könnte es für viele Afghan\*innen, die auf die Einreise nach Deutschland warten, fatal enden.

Obwohl das BAP von vorneherein kritisch betrachtet wurde, das auch zurecht, wegen der Unübersichtlichkeit und der Intransparenz, die es Menschen schwer bis unmöglich macht sich dafür zu registrieren und ggf. davon zu profitieren; obwohl wir wissen, dass bis dato keine einzige Person dadurch eingereist ist – darf das Aufnahmeverfahren nicht gestoppt werden. Für Tausende ist das die einzige Möglichkeit überhaupt, dem Taliban-Regime zu entkommen. Diese Hoffnung darf den Menschen nicht genommen werden.

Um der Verantwortung wenigstens teilweise gerecht zu werden, müssen mehr Zugänge und Aufnahmen möglich sein. Mehrere Bundesländer, darunter Thüringen und Berlin, haben Landesaufnahmen für Menschen aus Afghanistan schon gestartet. Es braucht mehr Landesaufnahmeprogramme,

Landesaufnahmeprogramme, die nicht an Verpflichtungserklärungen gebunden sind, denn das wiederum schließt Familien aus, die es sich finanziell nicht leisten können ihre Verwandten in Sicherheit zu bringen.

In diesem Zusammenhang ist besonders die gefährliche und bedrohliche Lage der Frauen\* und Mädchen\* in Afghanistan hervorzuheben. Diese Situation ist nicht zuletzt begünstigt worden durch die überstürzte Machtübergabe der Nato und damit auch Deutschlands an die Taliban. Frauen\* werden systematisch diskriminiert, ausgegrenzt und vom öffentlichen Leben verbannt, und das allein aufgrund ihres Geschlechts und der Zugehörigkeit zu der sozialen Gruppe der Frau!

Dies wiederum ist kein Anlass für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, diesen Frauen und Mädchen die Flüchtlingseigenschaft nach der GFK zuzuerkennen. Auch die europäische Asylagentur hat dementsprechend eine Empfehlung bekanntgegeben, doch das BAMF sieht keinen Anlass diesen Frauen und Mädchen ihr Recht anzuerkennen.  
Angeblich ändert es seine Praxis, beharrt aber darauf, dass Frauen oder Mädchen im Einzelfall verfolgt werden müssten. Wenn Frauen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wird, haben sie vorrangig Recht auf Familiennachzug, und dies soll verhindert werden.

Skandalös und mit nichts zu rechtfertigen ist, dass eine afghanische Frau, die Verwandte in Bremen hat, nach der Einreise am Flughafen FM inhaftiert und zuerst in den Iran und von dort weiter nach Afghanistan abgeschoben wurde. Wer trägt die Verantwortung dafür?

Anstelle der Verantwortung und Verpflichtung gerecht zu werden, ist die Rede von Abschiebungen nach Afghanistan!

Verfolgung aufgrund von Gender muss auch für iranische Frauen\* und Mädchen\* anerkannt werden. Die systematische Vergiftung über Wochen an iranischen Mädchenschulen, die gegen das Mullah-Regime aufbegehren, zeigt in welcher Todesgefahr sie sich befinden.

Wir brauchen einen generellen Abschiebestopp nach Afghanistan und in den Iran. Die bestehenden Regelungen reichen nicht aus und schützen Menschen nicht vor Abschiebungen!  
Wer feministische und wertegeleitete Außenpolitik propagiert, sollte die Rechte von afghanischen und iranischen Mädchen\* und Frauen\* nicht innenpolitisch weiter beschneiden!

Ich konnte hier in meinem kurzen Abschlusswort nur einige ausgewählte Themen ansprechen. Für einen echten Paradigmenwechsel:

1. Keine Jugendhilfe zweiter Klasse
2. Kindgerechte, gute Unterbringung und Unterstützung für junge geflüchtete Personen in Deutschland!
3. Sicherheit für geflüchtete Menschen, wegen der aktuellen Lage besonders für Menschen aus Afghanistan und aus dem Iran, insbesondere auch für Mädchen, Frauen, inter\*, non-binäre und trans Personen!
4. Schluss mit rassistischen Migrationsdebatten und -politik!
5. Die Gewohnheit des Entrechtens in diesem Land muss ein Ende haben!

Und hier möchte ich auf die eingangs erwähnte Notwendigkeit der Parteilichkeit zurückkommen und eines gemeinsamen Aufschreis gegen Ungerechtigkeiten. Lasst uns gemeinsam kämpfen für eine plurale, offene, inklusive und solidarische Gesellschaft, eine Gesellschaft in der alle gleichberechtigt sind und allen die gleichen Chancen und Ressourcen zur Verfügung stehen,

eine Gesellschaft, die keinen Unterschied zwischen Bürger\*innen und Einwohner\*innen macht, eine, die nicht ausgrenzt, sondern Teilhabe ermöglicht und das von Anfang an.

Eine Gesellschaft die Diversität und unterschiedliche Kulturen respektiert und als Bereicherung für ein modernes Einwanderungsland annimmt.

Eine Gesellschaft in der jede\*r sich zugehörig fühlt.

Audre Lorde, die für uns ein Vorbild sein sollte, sagte in ihrem feministischen Kampf:

Es sind nicht die Unterschiede die uns trennen, sondern unsere Unfähigkeit diese anzuerkennen, zu feiern und wertzuschätzen.